

Alles in allem hat Alber mit seiner Habilitationsschrift ein Standardwerk vorgelegt, das Historikern und Sozialwissenschaftlern gleichermaßen zu empfehlen ist.

Abdolreza Scheybani, München

Wolfgang Renzsch, Alfred Kubel. 30 Jahre Politik für Niedersachsen. Eine politische Biographie (= Veröffentlichungen des Instituts für Sozialgeschichte Braunschweig – Bonn), Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1985, 232 S., 38 DM.

Bernd Rebe/Klaus Lompe/Rudolf von Thadden (Hrsg.), Idee und Pragmatik in der politischen Entscheidung. Alfred Kubel zum 75. Geburtstag, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1984, 400 S., 42 DM.

Wenn dem Sachregister von Willi Herferth zu den Werken von Karl Marx und Friedrich Engels getraut werden darf, dann kommt der »Föderalismus« in den 39 Bänden der bei Dietz in Berlin seit 1961 erschienenen Ausgabe überhaupt nicht vor. Auch das Wort »Bundesstaat« fehlt demnach in MEW und damit im kanonisierten Marxismus bis in unsere Tage hinein. Wer nach Ansätzen einer föderalistischen Theorie in der europäischen Linken sucht, findet sie bei Pierre-Joseph Proudhon und der an ihm orientierten neueren französischen Literatur. Sieht man einmal von Wilhelm Liebknechts »Volksfremdwörterbuch« ab, dann meidet die ältere populäre Literatur der deutschen Sozialdemokratie den »Föderalismus« als Grundbegriff ihres Staatsverständnisses. Weder Heinrich Cunow »Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie«, noch Max Adler »Die Staatsauffassung des Marxismus« oder Hermann Heller »Staatslehre« kennen ihn. Josef Stalin »Marxismus und nationale Frage« (1913) polemisiert gegen föderalistische Tendenzen in der österreichischen Sozialdemokratie und bei den Bundisten. Verallgemeinernd läßt sich feststellen, daß Föderalismus als nationales Ordnungsprinzip kein explizites Element der traditionellen sozialdemokratischen Staatslehre genannt werden kann, obwohl er implizit sowohl in der Lehre vom »Volksstaat« als auch im Internationalismus angelegt ist. In den Reichsreformbestrebungen während der Weimarer Republik ging es nicht um die Ausbildung eines Bundesstaates, sondern um den dezentralisierten Einheitsstaat als Ziel aller Versuche, das Reichsgebiet funktional neu zu gliedern. Wer sich über den deutschen Föderalismus jener Jahre orientieren will, ist paradoxe Weise auf so belastete Autoren wie Ernst Rudolf Huber angewiesen, der unter Föderalismus »das bündige Streben einer Staatenvielheit« versteht, »die im Zusammenschluß die Einheit eines Gesamtkörpers gewinnt und doch zugleich in ihm die Vielheit eigenwüchsiger Einzelstaaten bewahrt«.¹

Umso überraschender finden sich im Berliner Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von 1989 klare Bekenntnisse zu einem föderalistisch gegliederten Staatsaufbau in Deutschland und Europa: »Der Föderalismus hat sich bewährt.« Er gilt als Mittel der Gewaltenteilung, als Weg zu mehr Bürgernähe und als Garant regionaler Vielfalt. Darüber hinaus heißt es: »Der Föderalismus muß Gestaltungsprinzip auch für die Europäische Gemeinschaft werden.«² So klare Bekenntnisse zum Föderalismus sind weder im »Orientierungsrahmen '85« noch im Godesberger Programm von 1959 oder gar im Schumacherschen Aktionsprogramm von 1952 zu finden.

1 Zitiert nach Hartwig Bülck, Föderalismus als nationales Ordnungsprinzip, in: Veröffentlichungen der Vereinigung Deutscher Staatsrechtslehrer, Heft 21, Berlin 1964, S. 13.

2 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen vom Programm-Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 20. Dezember 1989 in Berlin, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1990, S. 47.

Gleichwohl bleibt einzuräumen, daß im Godesberger Programm bereits die horizontale Gewaltenteilung in Bund, Ländern und Gemeinden mit entsprechenden Maßnahmen des Finanzausgleichs als Prinzip der staatlichen Ordnung formuliert sind. Der Weg dorthin begann mit dem Gründungsprozeß der Bundesrepublik Deutschland. Er fußte in Bayern (unter Wilhelm Hoegner) und in Hamburg (unter Max Brauer) auf weit in die Geschichte zurückreichenden Traditionen. Dagegen bedeutete er in den neuen, zum größten Teil aus früheren preußischen Provinzen hervorgegangenen Ländern Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen eine deutliche Neuorientierung des sozialdemokratischen Staatsverständnisses, die erst nach 40 Jahren im Berliner Programm voll ausformuliert wurde und weitere Perspektiven im Hinblick auf die Regionalisierung Europas aufreißt.³

Bei einer kritischen Analyse der Programmentwicklung bleibt einschränkend anzumerken, daß der Gedanke des »Kulturstaates« als einer Weiterentwicklung des Sozialstaates, wie er insbesondere durch den Einfluß Adolf Arndts und Georg-August Zinns in den Godesberger Programmtext gelangte, in der Berliner Fassung fehlt: ein Akt der programmatischen Regression, der besonders schmerzt, wo Föderalismus und Kulturstaatlichkeit im Zusammenhang gedacht werden. Anscheinend zählten Staats- und Kulturbewußtsein noch immer zu den Problembereichen sozialdemokratischer Programmatik – trotz Jahrzehntelanger Kulturbewegung und Staats-Partei-Attitüde.

Die Entwicklung zu einem föderalistischen Staatsverständnis wurde nach 1945 in Nordrhein-Westfalen sehr zögernd unter dem »Preußen« Walter Menzel begonnen. In Hessen preschte Georg-August Zinn während der 50er und 60er Jahre vor. Er wurde als Präsident des Bundesrates wiederholt zum führenden Sprecher und Verteidiger der Rechte der Bundesländer und damit gleichzeitig zum Vorreiter der Föderalisierung des sozialdemokratischen Staatsverständnisses. Der Niedersachse Alfred Kubel nahm eine interessante Mittelstellung ein. Als Mann aus dem ISK durfte er für einen eingeschworenen Zentralisten gelten. Landespolitischer Pragmatismus – insbesondere im Felde der Finanzpolitik – machte ihn zum Föderalisten. Durch eine Biographie und eine Festschrift wird diese Entwicklung überzeugend erschlossen – neben vielen weiterführenden Aspekten, die auszubreiten nun einmal Aufgabe und Chance der Festschriftenliteratur ist.

In seiner Biographie des niedersächsischen Sozialisten und Landesvaters meidet Renzsch die vielfach gepflegte Konzentration auf Kindheit, Jugend und frühe Aktivitäten. Im Mittelpunkt steht das verantwortliche politische Wirken Kubels während drei Jahrzehnten von 1945 bis 1976 in Braunschweig, Hannover und Bonn. Die »Lehrjahre« im Internationalen Sozialistischen Kampfbund und die Aktivitäten im Widerstand gegen den NS dienen der Vorbereitung auf die Zeit der politischen Gestaltungsmöglichkeit. Dabei wird die Verbindung von Prinzipientreue und Pragmatismus als besonderes Merkmal von Persönlichkeit und Politik Kubels überzeugend herausgearbeitet. Die Gründung der Hannovermesse, Kubels Landwirtschaftspolitik, die Weiterentwicklung des finanz- und haushaltspolitischen Instrumentariums werden als zentrale Leistungen des Landesministers deutlich. Sie gipfeln in der Arbeit des Ministerpräsidenten von 1970 bis 1976 während der besten Jahre der sozialliberalen Koalition in Bonn. Mit besonderer Sorgfalt untersucht Renzsch Kubels langfristige Bemühungen um einen gerechten bundesstaatlichen Finanzausgleich mit den Finanzreformen von 1955, von 1969 und der Dynamisierung der Bundesergänzungszuweisungen. Hier wird der Finanzausgleich als realpolitisches Kernstück eines ideologiefreien funktionalen und kooperativen Föderalismus deutlich: kein braunschweigisches »Welfentum« und kein bayerischer »Separatismus«.

3 Die Kraft der Region. Nordrhein-Westfalen in Europa, Bonn 1990, darin u. a. Rüdiger Voigt über: Föderalismus in der Bundesrepublik: Modell für Europa?

In der Gründung des »Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung und in dem damit verbundenen Modell gemeinsamer Trägerschaft von Bund und Ländern sieht Renzsch den Entwurf »eines funktionierenden kooperativen Föderalismus«, und zwar »der Gemeinsamkeit, nicht des Gegeneinanders von Bund und Ländern« (S. 158). Das »Ernstnehmen der Verfassungspostulate ist der Schlüssel zu Kubels Föderalismusverständnis« bis hin zur Neugliederung der Bundesländer entsprechend Artikel 29 des Grundgesetzes (S. 183). Mit der Neuverteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer nach der Einwohnerzahl erzielte Kubel einen »verfassungsrechtlichen Durchbruch« (S. 201). Dabei kritisiert Renzsch abschließend eine Tendenz zum »Föderalismus der Exekutiven«, die ab 1972 zunehmend sichtbar wird (S. 208).

Um nicht mißverstanden zu werden: Die Lebensbeschreibung ist keineswegs eine Monographie über die Geburt des sozialdemokratischen Föderalismus aus dem Geist des landespolitischen Pragmatismus eines Alfred Kubel im Zusammenhang bundespolitischer Tendenzen. Darin liegt nur ein wichtiger Aspekt, nach dem das Buch mit gutem Erfolg gelesen und ausgewertet werden kann. Einen anderen Aspekt bietet die Wirtschaftspolitik der frühen Nachkriegsjahre, die Auseinandersetzung mit Viktor Agartz, mit Fragen der Planwirtschaft und der Sozialisierung. Mancher Agartz-Apologet dürfte nachdenklich werden, wenn er bei Renzsch nachliest, welche persönlichen Schwierigkeiten mit der Nachfolge und dem wirtschaftspolitischen Erbe des späteren »Chefideologen« verbunden waren. Jedenfalls spricht Renzsch von der »wohl gravierendsten Fehlentscheidung der SPD-Führung während der ersten Nachkriegsjahre«, wo es schließlich um die Besetzung des Frankfurter Wirtschaftsamtes ging. Dank falscher Taktiererei der Sozialdemokratie scheiterte Kubel im Juli 1947 als Kandidat gegen Semmler, so daß der Weg für Ludwig Erhard frei wurde. Die SPD unter Schumacher provozierte geradezu die Bildung eines Bürgerblocks unter Adenauer. Damit wurde das Regieren auch für die Sozialdemokratie in Niedersachsen unter Hinrich Wilhelm Kopf schwieriger. Kubel konzentrierte sich auf die Landespolitik, so daß seine Lebensgeschichte in den folgenden Jahrzehnten zugleich als Geschichte des Landes Niedersachsen und der dortigen SPD gelesen werden kann.

In der Kubel-Festschrift von Rebe, Lompe und Thadden übernimmt Bernd Rebe die biographischen Ausführungen, während Renzsch sich auf Kubels Vorschläge zur Neuordnung des Finanzausgleichs konzentriert. In Beiträgen von Klaus Erich Pollmann, Birgit Pollmann, Ullrich Schneider, Wolfgang Jacobmeyer, Wolfgang Schultze, Jürgen Kaatz und Peter W. Fischer werden ausgewählte Kapitel der braunschweigischen und niedersächsischen Landesgeschichte von 1880 bis in die Gegenwart dargestellt. Sie dokumentieren die Fruchtbarkeit regionalgeschichtlicher Fragestellungen, machen aber nicht den besonderen Wert dieser Festschrift für die aktuelle Diskussion und künftige Forschung aus. Der liegt vielmehr in den allgemeinen Beiträgen über »Grundsatzfragen«, »sozialdemokratische« und »aktuelle Politik«.

Auf dem allgemeinen Hintergrund der globalen Sinnkrise historisch-materialistisch begründeter Systeme gewinnt der ethisch fundierte Sozialismus aus der Schule Leonard Nelsons gesteigerte Bedeutung. Bernd Rebe reflektiert »»Geistige Führung«, geistige Freiheit und die geistigen Bezüge politischen Handelns«. Er folgt dabei keiner Modeströmung, sondern versucht von der »Autonomie des Geistes« ausgehend eine wirklichkeitsgerechte Fundierung. Dabei will er »den Sinn für die verborgenen Tiefenströmungen« stärken. Dem Vorsatz folgt das schlagende Beispiel, denn am Ende seines 1984 (!) veröffentlichten Beitrages schreibt Rebe, als hätte er fünf Jahre vorausgeschaut: »Es ist erstaunlich, daß das eigentliche Thema für die Zukunft der Staaten Europas bisher von keiner namhaften ›Bewegung‹ entdeckt worden ist: die Sprengkraft des geistigen Freiheitswillens im sowjetischen Macht- und Einflußbereich. Die hier wirksamen Kräfte werden zusammen mit dem unvorstellbar wachsenden – wiewohl in der westlichen Öffentlichkeit bisher nur von einer kleinen Schar ›Sowjetologen‹ wahrgenommenen – Problemdruck in wichtigen Bereichen des

Sowjetstaates zu einer Destabilisierung des ›real existierenden Sozialismus‹ führen, auf deren säkulare Konsequenzen wir in keiner Weise vorbereitet sind.« (S. 36) Darauf folgt Günter Patzig mit Reflexionen über ›Gesinnungsethik‹ und ›Verantwortungsethik‹, die zur notwendigen Schärfung der Begrifflichkeit als auch der politischen Moral beitragen können.

Wie bei Festschriften üblich, mischen sich scheinbar zufällige Themen hervorragender Autoren in den Kranz der Ehrengabe. Hier bleibt zu würdigen, daß der gestalt Fragestellungen in den Horizont der Geschichte und der Sozialwissenschaften gehoben werden, die lange vernachlässigt oder unter dem Druck hegemoniesüchtiger Modeströmungen beiseite geschoben wurden. So wagt Heiner Flohr einen Beitrag über »Darwin und die Politik« mit dem Untertitel »vom Wert der biosozialen Perspektive«. Er untersucht die Schwierigkeiten von Sozialwissenschaftlern mit der Biologie, kämpft gegen »Vorurteile in bioanthropologischer Perspektive« und postuliert eine »humanökologische Perspektive« im integralen Zusammenhang einer »Einheit der Humanwissenschaften«.

Als weitere Beiträge sind zu nennen: Lothar F. Neumann über »Verteilungspolitik im Lichte der Sozialpolitik Leonard Nelsons«, Heinz Kühn über »Konrad Adenauer und Kurt Schumacher als politische Redner«, Otwin Massing über »Sozialwissenschaftliche Theoriebildung und Praxisbezug«, Helga Grebing über »Ökonomische Krise und politische Moral«, Gerhard Weisser über »Solidarität« als politischen Grundwert, Susanne Miller »Zur Wirkungsgeschichte des Godesberger Programms«, Klaus Lompe über »Neokorporativismus als Konfliktlösungsstrategie«, Erhard Forndran über »Sicherheitspolitik«, Karl-Ernst Jeismann über »internationale Schulbuchforschung«, Werner Hill über »Widerstandsrecht«, Walter Mertineit über die UNESCO, Rudolf von Thadden über »Luther und die DDR«, Rudolf Wassermann über Rechtspolitik und Helmut de Rudder über Hochschulpolitik.

Die Herausgeber stellen ihre Festschrift in die »strenge Denkschule« des ISK und der neokantianischen Philosophie. Sie fragen mit Carlo Schmid nach dem Kräftefeld von »Ethik und Macht«. Das Spannungsverhältnis von »Idee und Pragmatik« sehen sie im Werdegang Kubels angelegt. Helmut Schmidt erinnert in seinem Grußwort an den engagierten Föderalisten im Bonner Bundesrat. Nicht ohne Groll erwähnt er auch die »Dunkelmänner«, die Kubels planvollen Abschied von der Macht im Lande Niedersachsen durch unehrliche Stimmabgabe verdarben. »Das hat geschmerzt.« (S. 11)

Gerhard Beier, Kronberg

Michael Schneider, Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsge setze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest 1958–1968, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1986, 304 S., 32 DM.

Wenige innenpolitische Themen in der Geschichte der Bundesrepublik waren so eng mit dem Wandel der politischen Kultur verknüpft wie die gesetzliche Regelung der Vorsorge für den Notstandsfall. Die Debatte um die Notstandsgesetzgebung war sowohl Triebkraft als auch Indiz einer Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Öffentlichkeit und Politik, Staat und Gesellschaft. Das macht ihre historische Aufarbeitung ebenso reizvoll wie schwierig.

Als Mitte der 50er Jahre die Einführung von Notstandsbestimmungen in das Grundgesetz mit dem Ziel der Ablösung der alliierten Vorbehaltstrechte erstmals ventiliert wurde, war noch nicht abzusehen, daß diese Diskussion in den 60er Jahren eine breite parlamentarische und außerparlamentarische Oppositionsbewegung entfachen würde. Die Erforschung dieser Opposition ist neben der Rekonstruktion des Gesetzgebungsprozesses das zentrale Anliegen Schneiders. Sein Augenmerk gilt vor allem der SPD und den Gewerkschaften, die